

Zukunft der Bildung – Bildung der Zukunft

Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben und zugleich die entscheidende Investition in unsere Zukunft. Das gilt für jeden einzelnen Menschen wie auch für unsere Gesellschaft insgesamt.

Die CDU Berlin sieht Bildung als Auftrag, jedem einzelnen Kind zu helfen, seine Persönlichkeit und seine Fähigkeiten zu entwickeln und es damit zu einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung hinzuführen. Die individuellen Fähigkeiten und Talente jedes Kindes müssen dabei von Anfang an gezielt gefördert werden. Unser Ziel ist es, durch ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungssystem eine angemessene Bildung für alle zu ermöglichen. Gerade Berlin mit seiner heterogenen Gesellschaft aus vielen Nationen und Religionen hat eine besondere Verpflichtung, dass Bildung – unabhängig von der sozialen Herkunft – allen gleichermaßen zur Verfügung steht.

Bildung auf einen besseren Weg gebracht

Aufgrund unserer Mitsprache in Senat und in der Koalition im Abgeordnetenhaus ist es gelungen, die Bildungspolitik in Berlin wieder pragmatischer zu gestalten und bessere Lehr- und Lernbedingungen an den Berliner Schulen zu schaffen.

Die CDU hat das Ende der Früheinschulung durchgesetzt. Damit haben wir in dieser sensiblen Frage dem Elternwillen, der durch die von Jahr zu Jahr gestiegenen Rückstellungsanträge deutlich wurde, endlich Rechnung getragen. Insbesondere für die Kinder, deren Eltern davon Gebrauch machen, ihre Kinder ein Jahr später einzuschulen, muss ein vorschulisches Angebot unterbreitet werden, um ihnen gute Startbedingungen für den Schulanfang zu ermöglichen. Wir sind der Überzeugung, dass es nicht sein darf, dass ein Kind unreif zum Schulbesuch verpflichtet wird oder durch eine zu frühe Einschulung Nachteile in seiner schulischen Entwicklung erleidet.

Auch die Abschaffung des Zwangs zum jahrgangsübergreifenden Lernen (JüL) hat die CDU durchgesetzt, weil wir auf die freie und verantwortliche Entscheidung der Schulen bei pädagogischen Konzepten setzen. Weit über die Hälfte der Grundschuleingangsklassen haben sich seither von dieser unausgegorenen Reform verabschiedet.

Um Familien zu entlasten und kurze Schulwege zu ermöglichen, haben wir beim Übergang zur Oberschule den Vorrang von Geschwister- und Bezirkskindern eingeführt. Mit der Sicherstellung der Hortbetreuung in den Klassen 5 und 6 sowie dem weiteren Ganztagsausbau der Oberschulen erleichtern wir vielen Berliner Eltern die Organisation von Familie und Beruf. Auch die von uns geforderte Einführung eines Beratungsgesprächs beim Übergang in das Gymnasium ab einem Notendurchschnitt von 3,0 dient dazu, Eltern und Schüler bei der Schulwahl besser zu unterstützen.

Lehrerinnen und Lehrer sind aus unserer Sicht nicht nur „Lernbegleiter“, sondern stehen im Zentrum der Unterrichtsgestaltung. Die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft sowie die Übertragung immer umfangreicherer Erziehungsaufgaben an die Schule stellen zunehmend höhere Anforderungen an unsere Pädagoginnen und Pädagogen. Deshalb haben wir als Verbesserungen für sie z. B. die (Wieder-) Einführung der Stundenreduktion für ältere Lehrkräfte, (die Einstellung von Verwaltungsleitern und Hausmeisterassistenten), die Einführung eines Fortbildungstages und höhere Praxisanteile in der Lehrerausbildung an den Schulen durchgesetzt. Grundsätzlich halten wir die Absenkung der Klassenfrequenzen für notwendig, um die Belastung der Lehrkräfte zu reduzieren und gleichzeitig eine intensivere Betreuung jedes einzelnen Schülers zu erreichen.

Auf Grundlage ihrer Überzeugungen verfolgt die CDU folgende Ziele:

1. Vielfalt der Bildungslandschaft erhalten

Die CDU Berlin bekennt sich zu einem **vielfältigen, differenzierten und durchlässigen Bildungsangebot**. Die beiden Säulen des Berliner Schulsystems bilden eine gute Grundlage für den Übergang in vielfältige Bildungs- und Lebenswege, müssen aber in ihren Profilen – Vorbereitung auf die berufliche Ausbildung und Vorbereitung auf die akademische Ausbildung – weiter geschärft werden.

Schulen in freier und privater Trägerschaft ergänzen und bereichern das staatliche Schulsystem. Vor allem im internationalen und beruflichen Bereich sichern sie das vielfältige Bildungsangebot. Deshalb setzen wir uns für eine mit den staatlichen Schulen vergleichbare Finanzierung aller Kosten für Schulen in freier und privater Trägerschaft ein, wenn diese die bereits bestehenden Bewährungsfristen durchlaufen haben.

Berlin bietet heute vielen Menschen aus der ganzen Welt vorübergehend Arbeit oder sogar eine neue Heimat, die Berliner Schülerschaft ist um ein Vielfaches bunter geworden. Diesen kulturellen und sprachlichen Schatz gilt es zu heben und im Berliner Bildungsangebot zu reflektieren. Insbesondere für die aus dem Ausland zuziehenden Fachkräfte sind international ausgerichtete Bildungseinrichtungen ein

elementarer Faktor bei der Standortentscheidung. Daher setzt sich die CDU Berlin dafür ein, **Schulen mit europäischem und internationalem Profil dauerhaft zu sichern und auszubauen.**

Aus Sicht der CDU Berlin sollte die stärkere Einbeziehung von Kindern mit Förderbedarf in den Regelunterricht dem Ansatz „**So viel Inklusion wie möglich – so viel individuelle Förderung wie nötig**“ folgen. Sie sollte sich außerdem an den (u.a. von Sanierungsstau und Raumnot gekennzeichneten) Berliner Realitäten orientieren und anhand von Best-Practice-Beispielen pragmatisch und Schritt für Schritt vollzogen werden.

Das Wohl des Kindes und die **Wahlfreiheit der Eltern** haben für die Berliner CDU Priorität. Schulische Inklusion ist der richtige Weg für mehr Teilhabechancen von Kindern mit Förderbedarf, sie ist aber kein Selbstzweck. Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf müssen in ihrer Besonderheit ernst genommen werden. Es bedarf einer frühzeitigen Diagnose durch Experten und einer individuellen Förderung aller Kinder, um deren Persönlichkeit umfassend zur Entfaltung bringen zu können und ihnen bei der Bewältigung ihres Alltags bestmöglich zu helfen. Gleichzeitig müssen Eltern von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf weiterhin die Wahl und Möglichkeit haben, die für ihr Kind geeignetste Schulform zu wählen und im Interesse ihrer Kinder von den Vorteilen und Möglichkeiten der speziellen Förderzentren zu profitieren.

Berlin verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Förderinstitutionen mit gut ausgebildeten Sonderpädagogen. Diese Struktur sollte mit dem Ziel einer stärkeren Vernetzung untereinander und einer besseren Durchlässigkeit zu den Regelschulen weiterentwickelt werden. Wir fordern daher eindringlich, **ein ausreichendes Angebot an Förderzentren** für alle Förderbedarfe mit angemessener Personalausstattung aufrechtzuerhalten.

2. Priorität Schulsanierung und -neubau

Erfolgreiches Lehren und Lernen braucht Schulgebäude, die einladend sind und das Lernen unterstützen. **Aus Sicht der CDU Berlin müssen Schulsanierungen daher bei den Investitionen des Landes und der Bezirke Priorität haben.** Die CDU hat deshalb die Mittel des Schul- und Sportanlagensanierungsprogramms verdoppelt, ein Schultoilettensanierungsprogramm aufgelegt und sich dafür eingesetzt, dass freiwerdende Bafög-Mittel und zusätzliche Investitionsmittel vorrangig in Schulsanierungen fließen. **2015/2016 wird eine Rekordsumme von rd. 200 Millionen Euro für diese Schulsanierungen bereitstehen.**

Die Gründe des Sanierungsstaus an den Berliner Schulen sind aber nicht nur finanzieller Art, sondern auch in Personalproblemen und den Strukturen und Finanzbeziehungen der zweistufigen Verwaltung

begründet. Deshalb schlägt die CDU Berlin vor, eine **Arbeitsgruppe aus Experten „Zukunft Schulsanierung und –bau“** zur Überarbeitung der Vorschriften und Regelungen auf der Landes- und Bezirksebene einzusetzen. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe sollen dazu dienen, den tatsächlichen Sanierungsbedarf anhand transparenter und einheitlicher Kriterien zu ermitteln, Sanierung und Bau von Schulen schneller und unkomplizierter zu ermöglichen und bestehende Schulbauten besser zu nutzen und zu unterhalten. Außerdem sollte die Möglichkeit öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) geprüft werden, um eine zügige Fertigstellung und effizientere Unterhaltung von Schulgebäuden zu ermöglichen.

3. Gute Grundlagen legen

Die Berliner Kindertagesstätten erheben den Anspruch, Bildungseinrichtungen zu sein. In diesem Zusammenhang ist für die CDU Berlin die zuverlässige **Entwicklung der Sprachkompetenz** der Kita-Kinder von höchster Bedeutung, weil diese Kompetenz maßgeblich über die Bildungschancen von Kindern entscheidet. Für eine effektive Sprachförderung und Steigerung der Sprachkompetenzen der Berliner Kinder braucht es speziell für die Sprachvermittlung geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ausreichender Anzahl, die direkt mit den Kindern arbeiten, sowie geeignete organisatorische Strukturen und abgesicherte Konzepte zur Bewertung des Lernfortschritts.

Die CDU ist wie viele Eltern und Schulpraktiker der Überzeugung, dass die Abschaffung der **Vorschule/Vorklassen** durch Rot-Rot ein Fehler gewesen ist. In ihnen wurde sichergestellt, dass angehende Schülerinnen und Schüler das notwendige sprachliche, kognitive und motorische Rüstzeug für den Schulunterricht mit auf den Weg bekommen haben. Daher sprechen wir uns für die Wiedereinführung der bewährten Vorschulstrukturen aus.

Die Berliner Grundschule hat im bundesweiten Vergleich durch ihre vergleichsweise lange Dauer von sechs Jahren eine Sonderstellung. Um unter anderem auch bundesweite Anschlussfähigkeit zu gewährleisten, kommt den Klassen 5 und 6 der Grundschule deshalb besondere Bedeutung zu. Es muss daher sichergestellt sein, dass der **Fachunterricht in den Klassen 5 und 6 auf dem Niveau einer weiterführenden Schule und von ausgebildeten Fachlehrern erteilt wird.**

Die CDU Berlin tritt dafür ein, allen Gymnasien, die dies wollen, die Möglichkeit zu eröffnen, **ab der 5. Klasse ein Lernangebot** zu machen. Die Kooperation zwischen Grund- und Oberschulen muss verstärkt werden, um die Übergänge besonders von Klasse 6 nach 7 für die Schüler einfacher zu gestalten.

Es ist verbreitete Praxis, dass Plätze an übernachgefragten weiterführenden Schulen zu 60% in erster Linie nach dem Notendurchschnitt des Abschlusszeugnisses der Grundschule vergeben werden. Aus Gründen der Gerechtigkeit fordern wir, **dass die Abschlüsse in Klasse 6 der Grundschule vergleichbar**

sein müssen und sprechen uns für zentrale Klassenarbeiten in den Kernfächern in der 6. Klasse aus (Lernabschlussuntersuchung 6). Eine Lernabschlussuntersuchung soll im ersten Halbjahr der 6. Klasse erfolgen, nach einem einheitlichen Korrekturschlüssel bewertet werden und doppelt in die Halbjahresnote eingehen.

4. Gymnasien stärken und weiterentwickeln

Die CDU Berlin steht als einzige Partei im Berliner Abgeordnetenhaus ausdrücklich und uneingeschränkt für den Erhalt des Gymnasiums. Wir wollen, dass die Erfolgsgeschichte des Gymnasiums - nämlich vielen Schülern den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen, ohne am Leistungskriterium Abstriche vorzunehmen – auch in Berlin fortgesetzt wird. Die Bemühungen der SPD und der anderen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien richten sich einseitig auf die Integrierte Sekundarschule (ISS) und die Gemeinschaftsschule. Aus Sicht der CDU besteht jedoch eine hohe Notwendigkeit, das Berliner Gymnasium zu stärken und weiterzuentwickeln, damit es seinen Platz im Zwei-Säulen-System auch in Zukunft gut ausfüllen kann.

Hierzu schlagen wir Folgendes vor:

Der strukturelle Nachteil der Gymnasien gegenüber den ISS muss endlich beseitigt werden. Daher fordern wir, dass den Berliner Gymnasien in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 **mindestens so viele Teilungsstunden wie den Oberschulen (ISS)** gewährt werden. Schulpraktiker berichten einhellig, dass das Lernen in kleineren Gruppen für das Erreichen besserer Leistungen, gerade auch in den Naturwissenschaften und Fremdsprachen, enorm wichtig ist. Wir wollen, dass auch Gymnasiasten durch zeitweiliges Lernen in Kleingruppen ihre Leistungen steigern können.

Das Gymnasium ist DIE Schulform für lernbegabte Kinder und zur Vorbereitung auf ein Hochschulstudium. Alle Schülerinnen und Schüler mit einer Gymnasialempfehlung bis zum Notendurchschnitt von 2,2 sollen bevorzugt in der Wunschschule aufgenommen werden, bevor das Losverfahren der Schülerlotterie, mit dem derzeit 30 Prozent der Plätze an übernachgefragten Gymnasien vergeben werden, zum Zuge kommt.

Gymnasien müssen mehr Möglichkeiten bekommen, sich zu profilieren und den bis zum Abitur zu bewältigenden Lernstoff besser strukturieren zu können. Dazu gehört, dass die Jahrgangsstufe 10 der Gymnasien – entsprechend den Vorgaben der Kulturministerkonferenz – als Bestandteil der dreijährigen gymnasialen Oberstufe ausgestaltet und als tatsächliche Vorbereitung für die gymnasiale Oberstufe genutzt wird. Der Mittlere Schulabschluss (MSA) hat sich aufgrund der Bestehensquote von fast 100 Prozent der Gymnasiasten sowohl als zeit- und arbeitsintensiv wie auch als überflüssig erwiesen. **Die**

CDU fordert deshalb, dass für Gymnasiasten die MSA-Prüfung abgeschafft wird und der MSA mit Versetzung in die Jahrgangsstufe 11 automatisch verliehen wird.

Viele Eltern, auch von Berliner Gymnasiasten, wünschen für ihre Kinder ein pädagogisch wertvolles **Ganztagsangebot**. Diese Möglichkeit, einen Nachteilsausgleich gerade für die Kinder zu schaffen, die zuhause keine Unterstützung beim Lernen erhalten können, muss dringend ausgebaut werden, um den Anspruch der CDU auf Chancengerechtigkeit zu untermauern. Derzeit werden aber nur rund 20% der Berliner Gymnasien dafür die Mittel zur Verfügung gestellt. Die CDU Berlin fordert, dass noch in dieser Legislaturperiode alle vorliegenden Anträge von Gymnasien auf Ganztagsbetrieb genehmigt und finanziert werden.

5. Qualität und Wissensvermittlung sicherstellen

Aus Sicht der Berliner CDU muss die **Qualität des Unterrichts** sichergestellt sein. Dafür ist es unseres Erachtens notwendig, sowohl verbindliche Lernziele und Lerninhalte vorzugeben als auch Leistungskriterien verbindlich zu definieren und anzuwenden. Wir sind gegen weitere Niveauabsenkungen beim Notenspiegel und bei den Prüfungsanforderungen.

Wir befürworten die Überarbeitung der Rahmenlehrpläne in regelmäßigen Abständen. Allerdings steht für die CDU Berlin fest, dass die mit viel Arbeit für die Berliner Pädagoginnen und Pädagogen verbundene Einführung eines neuen Rahmenlehrplans nur dann sinnvoll ist, wenn sie zu wesentlichen Verbesserungen, also einer **Steigerung der Berufs-und Studierfähigkeit** der Berliner Schülerinnen und Schüler, führt **und diese von der großen Mehrheit der Schulpraktiker befürwortet wird**. Die Neufassung von Rahmenlehrplänen sollte als Gelegenheit begriffen werden, die fundierte Wissensvermittlung und die angemessene Ausrichtung der Lehrpläne für die verschiedenen Schulformen zu stärken.

Wir sind überzeugt, dass ein gemeinsamer Lehrplan von Klasse 1 bis 10 für Grundschüler und Kinder mit Förderbedarf, für Sekundarschüler und Gymnasiasten die individuellen Bedürfnisse und Leistungsfähigkeiten unserer Kinder ignoriert.

Wir als Berliner CDU wollen, dass unsere Kinder zu mündigen, historisch bewussten, urteilsfähigen und wertorientierten Mitgliedern unserer Gesellschaft heranreifen. Wir glauben daher, dass in einer wertebewussten Gesellschaft und Demokratie verbindliche Lerninhalte festgelegt und aus Gründen der Chancengerechtigkeit und Vergleichbarkeit verbindliche Standards und Leistungskriterien gesetzt werden müssen. Die von der Senatsverwaltung für Bildung im neuen Rahmenlehrplan vorgesehene Delegation der Themenauswahl an die einzelnen Schulen bedeutet nicht nur eine zusätzliche große

Belastung für die Lehrkräfte, die selbst schuleigene Curricula erstellen müssen, sie wird Kindern auch den Schulwechsel innerhalb Berlins deutlich erschweren.

Vor diesem Hintergrund spricht sich die CDU Berlin dafür aus, den Anhörungszeitraum für den neuen Rahmenlehrplan bis zum Beginn der Sommerferien zu verlängern, um die Meinungen der Schulpraktiker, Verbandsvertreter, Eltern und Schüler in adäquater Weise in den laufenden Prozess einbeziehen zu können.

Die CDU Berlin verfolgt den Anspruch, dass den Schülerinnen und Schülern in Berlin ein **solides und strukturiertes geschichtliches Wissen** vermittelt wird. In dieser Hinsicht erschließen sich der CDU wie auch den entsprechenden Verbandsvertretern und Fachlehrern die Vorteile der von der Senatsverwaltung für Bildung geplanten Zusammenlegung der Fächer Geschichte, Geographie und Sozialkunde zum neuen Fach „Gewi“ in den Klassen 5 und 6 sowie das Abgehen von der chronologisch-genealogischen Methode in den Klassen 7 und 8 nicht.

Mit der Einrichtung von Sammelfächern wie Gesellschaftswissenschaften „Gewi“ und Naturwissenschaften „NaWi“ (Biologie; Chemie, Physik und Astronomie in einem Sammelfach) wird darüber hinaus eine problematische Entwicklung fortgesetzt, die zur Aufhebung des Fachlehrerprinzips führt. Lehrerinnen und Lehrer mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in nur einem Fach sollen nun mehrere Fächer unterrichten; der Fachunterricht ist damit auf ein Drittel bis ein Viertel reduziert. Guter Fachunterricht darf nicht zum Glücksspiel werden. Die weitere Einführung von Sammelfächern lehnt die CDU Berlin daher entschieden ab.

Der Auftrag der Schule besteht in Wissensvermittlung und Erziehung. Gerade junge Menschen in Metropolen wie Berlin brauchen heute Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Auch die Bereitschaft vieler Menschen in unserer Stadt, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Gemeinwohl zu zeigen, gründet in der Orientierung an Werten, die häufig Ausdruck einer persönlichen Glaubensüberzeugung und Weltanschauung sind. Insofern leisten die Kirchen und Religionsgemeinschaften einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen insgesamt. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass der Religions- und Weltanschauungsunterricht seinen festen Platz in der Schule hat und fordern die Einführung eines Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion in staatlicher Verantwortung für alle Klassenstufen. Dabei ist die Möglichkeit der Einführung eines flächendeckenden Islamunterrichts unter staatlicher Verantwortung zu prüfen. Als konkrete nächste Schritte fordern wir die Senatswissenschaftsverwaltung auf, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, einen Lehrstuhl für islamische Theologie zur Ausbildung von Islamkundefachlehrern einzurichten und den bestehenden Ethikunterricht in verantwortungsvoller Zusammenarbeit mit den Glaubens- und Religionsgemeinschaften inhaltlich fortzuentwickeln und stärker religionskundlich auszurichten.

6. Fachlehrermangel anpacken

Die Grundlage für guten Unterricht und Schulerfolge unserer Kinder sind gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte. Berlin verfügt über eine sehr heterogene Schülerschaft und benötigt daher besonders motivierte Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb müssen einerseits die Lehrbedingungen verbessert und andererseits der Lehrerberuf in Berlin attraktiv gemacht werden.

Die CDU sieht neben der Gewährleistung von den für Lehren und Lernen förderlichen baulichen Bedingungen die Übertragung von mehr Entscheidungsspielraum bei Personal und Sachmitteln, eine bessere Vergütung von Leitungsaufgaben, eine Professionalisierung der Personalentwicklung und eine bessere Gesundheitsvorsorge als notwendig an. Diese Aufgaben dürfen nicht auch noch an die Schulleitung übertragen werden, sondern hierzu muss geeignetes nichtpädagogisches Personal zur Verfügung stehen.

Die Lücke in der Besoldung zum Durchschnitt anderer Landesbeamten muss Schritt für Schritt im Einklang mit den Möglichkeiten des Berliner Landeshaushalts geschlossen werden. Vor allem muss der Wettbewerbsnachteil, den Berlin durch die Entscheidung gegen die **Verbeamtung** von Lehrkräften Jahr für Jahr erleidet, endlich abgeschafft werden. Sonst wird Berlin weiterhin stark auf Absolventinnen und Absolventen angewiesen bleiben, die im Zuge der Bestenauslese in anderen Bundesländern keine Anstellung gefunden haben bzw. wird es sich weiterhin auf Personen stützen müssen, die keine vollständige pädagogische Ausbildung durchlaufen haben. Damit die durch die Verbeamtung entstehenden Lasten nicht den zukünftigen Generationen aufgebürdet werden, setzt sich die CDU für die Schaffung eines Pensionsfonds für Lehrerinnen und Lehrern ein.

Gleichzeitig glauben wir, dass die Ungleichbehandlung in den Lehrerzimmern endlich abgeschafft werden muss. Wir halten es für problematisch, dass es in Berlin beispielsweise nicht nur Unterschiede in der Vergütung zwischen den verbeamteten und angestellten Berliner Lehrerinnen und Lehrern gibt, sondern zusätzlich auch zwischen jenen, die aus anderen Bundesländern angeworben wurden.

Außerdem müssen wir dringend das Interesse bei jungen Menschen am Lehrberuf fördern. Den zum Teil gravierenden Fachlehrermangel in Berlin, aber auch bundesweit, vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern, will die CDU Berlin mit einer **Initiative „Fachlehrer für Berlin“** begegnen. Dieses Programm soll beispielsweise über ein Stipendium Anreize bieten, ein Lehramtsstudium in Mangelfächern an einer Berliner Hochschule aufzunehmen und anschließend im Berliner Schuldienst zu verbleiben.

7. Weitere Maßnahmen

Der Fokus der Berliner Bildungspolitik sollte weniger auf eine ständige Erhöhung der Abiturientenzahlen gerichtet sein, sondern stärker auf die Senkung der hohen Schulabbrecherquoten und auf die **berufliche Bildung als einem attraktiven und lukrativen Bildungsangebot** gelenkt werden. In den wirtschaftlich und bildungspolitisch erfolgreichen Bundesländern werden höhere Bildungsabschlüsse oft schrittweise und in Verbindung mit Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen erworben, was Jugendlichen klare und stabile Perspektiven gibt. Die CDU Berlin spricht sich dafür aus, die bestehenden Strukturen des dualen Lernens und der beruflichen Orientierung auf ihre Effizienz und Zielorientierung hin zu überprüfen und sie grundsätzlich zu stärken.

Digitales Lernen ist ein Zukunftsfeld, das für die Berliner Schulen erschlossen werden muss. Digitale Kompetenzen werden eine entscheidende Rolle dabei spielen, wie Deutschlands Wirtschaft in 20 Jahren im internationalen Vergleich dasteht. Die Berliner Kinder wachsen heute mit völlig neuen Zugängen zu Wissen auf und diese neuen Zugänge zum Wissen müssen auch Einzug in den Unterricht erhalten. Deshalb sollten die Möglichkeiten und Chancen des digitalen Lernens Bestandteil der Lehrerbildung werden und eine Qualifizierungsoffensive für diesen Bereich entwickelt und gestartet werden. Dabei ist die Sensibilisierung der Kinder für den Umgang mit sozialen Netzwerken und den dauerhaften Verbleib einmal eingegebener Informationen im Internet eine zentrale Aufgabe, der sich die Schulen stellen müssen. Ziel muss sein, dass jede Schülerin und jeder Schüler eine digitale Selbständigkeit ausbildet, um an den Möglichkeiten und Ausgestaltungen der sich immer weiter entwickelnden digitalen Gesellschaft partizipieren zu können. Hierbei muss intensiv mit den Eltern kooperiert werden, um diese nicht von der Verantwortung für die Erziehung ihres Kindes zu entbinden.

Die CDU Berlin steht für die **Beibehaltung der Schulnoten**. Motivation und Leistungsbereitschaft sind der Schlüssel zu sozialem und wirtschaftlichem Erfolg, Konkurrenz erleben Schülerinnen und Schüler spätestens bei der Arbeitsplatzsuche. Verantwortungsvoll konzipierte und vergebene Schulnoten spiegeln den Leistungsstand anhand greifbarer und vergleichbarer Kriterien wider und geben verlässliche Rückmeldungen über den Leistungsstand.

Die Berliner CDU sieht Kooperationsnotwendigkeit zwischen Bund und Ländern vor allem im Bereich der Setzung von Standards und der Vergleichbarkeit bspw. von Abschlussprüfungen oder der Lehrerbildung. Der Bereich **Inklusion** bietet sich ebenfalls für eine **stärkere Kooperation zwischen Bund und Ländern** an, um ebenfalls bundesweit Standards sicherstellen zu können.

Wie alle modernen Gesellschaften entwickelt sich auch Deutschland immer stärker zu einer „Wissensgesellschaft“, in der Bildung zur unabdingbaren Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und

sozialen Aufstieg wird. Deshalb wollen wir jedem Menschen seine individuell beste Bildung ermöglichen und Deutschland zur Bildungsrepublik machen.

Die Bildungsrepublik zu errichten, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die Bund und Länder nur gemeinsam erfolgreich bewältigen werden. Die Kooperation funktioniert im Hochschulbereich und bei der Finanzierung von Kita-Plätzen bereits gut. Jedoch fehlt noch immer ein institutionalisierter Rahmen, um eine regelmäßige Kooperation zwischen den föderalen Handelnden auf allen Ebenen dauerhaft sicherzustellen.

Als Beitrag zur Herstellung von mehr Übersichtlichkeit im Bildungssystem schlägt die CDU vor, die „Integrierten Sekundarschulen“ in den in mehreren anderen Bundesländern üblichen Begriff **„Oberschulen“** umzubenennen.